



Kritisch wurden aktuelle Ansätze des Global-Governance-Ansatzes diskutiert.

Critical Appraisals of Global Governance

Eine internationale Konferenz des politikwissenschaftlichen Seminars diskutierte die Schwächen und Stärken des vorherrschenden Global-Governance-Ansatzes und den aktuellen Stand der Forschung.

■ JULIA MAISENBACHER

Mit einer auflockernden Ansprache eröffnete Bernhard Fuhrer, der Direktor des Swiss Network for International Studies (SNIS), die dritte jährliche Konferenz «Critical Voices in Swiss IR». Nach Genf und Lausanne war dieses Mal das politikwissenschaftliche Seminar der Universität Luzern Gastgeber. Unter dem Titel «Critical Appraisals of Global Governance» tagten vom 10. bis 11. Juni internationale sowie schweizerische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im «Union». Teilnehmende aus der ganzen Welt sowie aus verschiedenen Fachrichtungen waren zu Gast. 2008 wurde diese jährliche interdisziplinäre Konferenz ins Leben gerufen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (in der Schweiz) zu vernetzen, die sich mit kritischen Ansätzen in den internationalen Beziehungen beschäftigen, wie gender, post-strukturalistischen, neo-marxistischen oder post-kolonialen Theorien.

Kritische Bestandesaufnahme

Mit insgesamt fünf keynote speeches und sechs Panels handelte es sich um ein sehr umfangreiches Programm. Die Panels waren nach spannenden und hochaktuellen Themen der internationalen Politik geordnet, wie Sicherheit, internationales Recht und transnationale Dienstleistungen, Menschen- und

Kinderrechte, Klimawandel, Migration sowie der globale Süden. Den Mittelpunkt aller Beiträge und Diskussionen bildeten die Fragen nach den Stärken und Schwächen des vorherrschenden Global Governance-Ansatzes sowie nach dem Mehrwert alternativer Ansätze. Die Defizite des Global Governance-Ansatzes, der seinen Siegeszug in den Internationalen Beziehungen während der 1990er-Jahren angetreten hat, waren Gegenstand mehrerer Beiträge.

João Pontes Nogueira von der katholischen Universität Rio de Janeiro (PUC) fasste den aktuellen Stand der Forschung zusammen. Das Versprechen des Global-Governance-Ansatzes von einem funktionalen internationalen Regieren nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes habe sich nicht erfüllt, was die seither bestehenden zahlreichen Konflikte belegte. Der Global-Governance-Ansatz suggeriere eine neutrale Form der politischen Steuerung, habe aber einen unterschweligen normativen und teleologischen Bias. Er reproduziere globale Machtverhältnisse und sei eurozentristisch. Pontes Nogueira unterstrich die Vorzüge der von Foucault inspirierten Governmentality-Ansätze, welche Machtformen jenseits staatlicher Souveränität in den Blick nehmen würden, da diese immer mehr zugunsten anderer Formen der Machtausübung verdrängt würden, wie Bio-Macht oder Formen des subjektiven

Selbst-Regierens. Global Governance sei nicht nur ein Forschungsansatz unter vielen, vielmehr müsse man ihn als hegemonialen Diskurs begreifen, welcher einhergehe mit einem durch die Globalisierung von Wissen etablierten Wahrheitsregime.

Hätten Frauen die Finanzkrise verhindert?

Für einen herrschaftskritischeren Ansatz plädierten all jene, die mit dem neo-gramscianischen Hegemoniebegriff forschen. Einige Beiträge lieferten neue Ideen zur Fortentwicklung der structure-agency-Debatte. In ihrer keynote speech untersuchte Wendy Larner (University of Bristol) die Transformation des Neoliberalismus und die Frage, ob angesichts der globalen Finanzkrise eine Erneuerung dieses Begriffs notwendig sei oder ob er gar abgelöst werden müsse. Elisabeth Prügl (IHEID Genf) referierte in ihrem Beitrag über die Gender-Dimensionen der Global Governance im Bereich des internationalen Finanzwesens. Den Rahmen ihres Beitrags bildete die scherzhaft gemeinte Frage, ob die globale Finanzkrise hätte verhindert werden können, wenn Frauen die Welt regieren würden. Die keynote speech von Thomas Bierstegers (IHEID Genf) war der Dialektik internationaler Politik gewidmet. Während der Abschlussdiskussion erinnerte Sandra Lavenex daran, dass kritische Ansätze helfen könnten, die Mängel und Defizite der Mainstream-Global-Governance-Forschung aufzudecken, dem dekonstruktivistischen Vorgehen vieler Beiträge fehle aber ein rekonstruktivistisches Pendant.

Julia Maisenbacher studiert Politikwissenschaft an der Universität Luzern.